

Was uns stark macht: Ideen, Vielfalt, Solidarität.

Zeitung zur Landtagswahl in Sachsen-Anhalt 2016
für den Bördekreis

DIE LINKE.



Gysi kommt

Wahlkampfabschluss am
11. März, 16 Uhr, CinemaxX
im Charlottencenter, Halle
www.dielinke-sachsen-anhalt.de



Post von Bodo Ramelow an Wulf Gallert

»Du willst das, und Du kannst
das, davon bin ich fest
überzeugt.« **Seite 2**

Für einen starken Bördekreis!

Unsere Kandidatinnen und
Kandidaten. Unsere Ideen.
Unsere Ziele. **Seite 3 bis 6**

Ich kann. Ich will. Ich werde.

1963 in Havelberg geboren, dort aufgewachsen und der Stadt bis heute verbunden. In Magdeburg und Leipzig studiert, Lehrer geworden, später noch Politikwissenschaften in Magdeburg studiert, in Havelberg ein Jugendzentrum geleitet. Immer politisch gedacht und gehandelt, 1990 mit dem Satz »Jetzt erst recht« politisch aktiv geworden. Erfahrungen in der Kommunalpolitik in Havelberg und Stendal gesammelt und 1994 Landtagsabgeordneter der PDS geworden. Als Parlamentarischer Geschäftsführer acht Jahre lang das Magdeburger Modell mitgestaltet. Dabei gelernt, wie man einen politischen Interessensausgleich herstellt, millionenschwere Landeshaushalte verhandelt, Tabus bricht und an deren Stelle Neues setzt. 2004 Fraktionsvorsitzender der Fraktion DIE LINKE geworden. Op-

position so verstanden und ausgeübt: etwas für die Menschen im Land durchsetzen, ohne die Macht zu haben. Kluge und gute Vorschläge unterbreitet, die sich an den Bedürfnissen und Hoffnungen der Bürgerinnen und Bürger orientieren. Immer Politik für Menschen gemacht und für ein Land, das diesen Menschen mehr als Aufenthaltsort sein soll.

Dieser Mann will und kann Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt werden. Warum sollte man ihn wählen?

Weil er eine Idee hat

»Wir wollen im Land eine gute Lebensqualität für alle erreichen, die heute und in Zukunft hier leben wollen. Wir werden eine innovative Wirtschaft entwickeln, die durch gute Arbeit und Kreativität gekennzeichnet

ist. Wir werden soziale Gerechtigkeit herstellen und Vorreiter einer inklusiven Gesellschaft mit einem beispielhaften Bildungssystem sein. Wir werden für die Städte und die ländlichen Regionen eine Perspektive erarbeiten.«

Weil er Mut zur Umkehr hat

»Der Staat hat sich aus seiner Verantwortung für die öffentliche Daseinsvorsorge zurückgezogen, stattdessen einseitig auf schnelle Schuldentilgung orientiert. Wir werden den Abbau öffentlicher Leistungen stoppen und umkehren. Schrumpfungspolitik ist keine Lösung, weil sie die menschlichen und unternehmerischen Potenziale aus dem Land vertreibt. Auch für uns soll Neuverschuldung kein Thema sein. Aber einem Land, das in den vergangenen zehn Jahren nur zwei Prozent Wirtschafts-

wachstum aufweisen kann, fehlt es offensichtlich an Kompetenz. Wir können Wirtschaft und werden das unter Beweis stellen.«

Weil er klare Ansagen macht

»Wir beenden die Strategie des Billiglohndlandes und werden uns für Flächentarife und Arbeitnehmervertretungen in den Betrieben starkmachen und Gewerkschaften unterstützen. Wir stehen für Förderung des Wirtschaftsstandortes statt Subventionierung einzelner Unternehmen. Wir werden die Kommunen stärken, statt sie auszuhungern und am Gängelband zu führen. Wir wollen die Macht, um den Kommunen Gestaltungsspielraum zu geben.«

Wulf Gallert ist bereit für den politischen Wechsel. Und dieser politische Wechsel wird die Stagnation beenden.



Hass aus Bequemlichkeit

Gespräch mit den Theatermachern Matthias Brenner und André Bückler über die Kraft des Widerstandes, den Wert von Kultur und den Umgang mit Menschen in Not. **Seite 7**



Kurswechsel für gute Bildung!

Ein Plädoyer von
Thomas Lippmann und
Matthias Höhn. **Seite 8**

Den Wirtschaftsstandort fördern!



Zwei Parlamentarische Untersuchungsausschüsse befassen sich zurzeit im Landtag mit fragwürdigen Praktiken bei der Vergabe von Fördermitteln. Eine der wesentlichen Ursachen für die Fördermittelskandale ist das Fehlen wirklicher Strategien, wohin sich unser Land entwickeln soll. DIE LINKE im Landtag Sachsen-Anhalt formuliert schon seit Jahren ihr politisches Ziel, den Wirtschaftsstandort zu fördern statt Unternehmen zu subventionieren.

Bei einem Gespräch, das ich kürzlich mit Unternehmern in Bitterfeld führte, brachte es der Inhaber von drei Einzelhandelsgeschäften auf den Punkt: »60 Prozent der vom Bund zur Verfügung gestellten Fördermittel flossen in den letzten Jahren an ganze 20 Antragsteller. Diese Fördermittel unterstützen die Großen, die in Konkurrenz zu den Kleineren stehen. Nehmen Sie lieber das ganze Geld und stecken es in eine kostenfreie Kinderbetreuung und Ausbil-

dung, dann haben wir alle mehr davon.« Sicher, Fördermittel lassen sich nicht einfach anders verwenden, aber die Botschaft ist: Ohne Bildungsgerechtigkeit, ohne ausreichendes Personal in der öffentlichen Verwaltung, in Schulen und bei der Polizei, ohne attraktive Kulturangebote, ohne öffentlichen Personennahverkehr, ohne Breitband wird sich die Wirtschaft Sachsen-Anhalts nicht vom Fleck bewegen.

Wulf Gallert

PREISRÄTSEL

Eine Reise ins Europäische Parlament, ein Besuch des Deutschen Bundestages und ein Wochenende zu zweit in Thüringen zu gewinnen.
Letzte Seite

Argumente gegen Vorurteile

»Schule marode, Straßen kaputt, Schwimmbad geschlossen: Seit Jahren kein Geld in der Stadt, und jetzt sollen noch Flüchtlinge integriert werden?«
 Es stimmt, in vielen Städten und Gemeinden verrottet die öffentliche Infrastruktur. Seit Jahren wird nicht mehr ausreichend investiert. Doch das hat nichts mit den Flüchtlingen zu tun. Dass die Kassen vieler Kommunen leer sind, ist geradezu unvermeidlich, wenn Steuern für Reiche und Konzerne gesenkt werden und Steuerflucht nicht wirksam bekämpft wird. Wir sagen: Den Luxus, die wirklich Reichen nicht steuerlich an der Finanzierung des Gemeinwesens zu beteiligen, können wir uns nicht länger leisten.

»Die meisten fliehen gar nicht vor Krieg, sondern sind Wirtschaftsflüchtlinge, die es auf unsere Sozialleistungen abgesehen haben.«
 Nach wie vor sind Terror, Krieg, Verfolgung die häufigsten Fluchtursachen. Fluchtrouten sind meistens sehr gefährlich. Niemand nimmt dieses Risiko nur deshalb auf sich, um hier Sozialhilfe zu beziehen. Flüchtlinge aus den Balkanstaaten sind sehr häufig Sinti und Roma. Zu ihnen sagt der Europarat: »Sie leben in extremer Armut. Dinge, die andere Menschen für selbstverständlich halten, werden ihnen verweigert: Schul- oder Arztbesuch, Arbeit, angemessener Wohnraum.« Sie sind rassistischer Verfolgung ausgesetzt. Die Bundesregierung hat im Herbst weitere Balkanländer als sicher eingestuft, unter anderem den Kosovo. Der ist so sicher, dass dort noch immer die Bundeswehr vor Ort sein muss.

»Flüchtlinge bekommen so viel Geld, dass sie sich sogar Smartphones leisten können.«
 Flüchtlinge erhalten nach der Erstaufnahme bis zum 15. Aufenthaltmonat mit 287 Euro deutlich weniger als Hartz IV. Handys werden häufig bereits mitgebracht und sind für Flüchtlinge kein Symbol für Wohlstand, sondern oft das einzige Mittel, um zum Beispiel mit der Familie zu Hause in Kontakt zu bleiben oder mit Familienmitgliedern, die auf der Flucht an unterschiedlichen Orten gestrandet sind.

»Wer soll denn die Versorgung all der Flüchtlinge bezahlen?«
 Zehn Milliarden wird die Bundesregierung bis zum Ende des Jahres 2016 für Flüchtlingspolitik ausgeben. Rund 317 Milliarden Euro im Jahr betragen die Ausgaben der Bundesrepublik 2016 insgesamt. Gleichzeitig entgehen dem Staat jährlich rund 100 Milliarden Euro durch Steuerflucht. Eine Steuer auf Vermögen über 1 Million Euro würde den öffentlichen Kassen 80 Milliarden Euro Einnahmen bringen, damit wäre ein Sofortprogramm in Höhe von 25 Milliarden Euro finanzierbar.



Europa muss helfen. Wir müssen helfen!

Bevor die Menschen kamen, sah man die Bilder. Zehntausende Jesiden bangten im Sommer 2014 um ihr Leben und drohten, im Sindschar-Gebirge zu verdursten und zu verhungern. Dschihadisten zerstörten die Stätten des Weltkulturerbes aus vorislamischer Zeit. Um die kurdische Stadt Kobanê begann ein erbitterter Kampf. Doch erst einen Sommer später erreichte der Krieg wirklich Europa. Mit der Zahl der Flüchtlinge werden die Verheerungen in Syrien und im Irak wirklich klar. Tausende sind jetzt auf gefährlichen Wegen auf der Flucht. Sie suchen endlich Sicherheit und einen friedlichen Alltag, nach Monaten oder gar Jahren in Flüchtlingslagern,

ohne Perspektive für ein neues Leben, ohne Schule für ihre Kinder, ohne die Möglichkeit, den eigenen Lebensunterhalt zu verdienen. Europa muss helfen. Wir müssen helfen. Dies sehen zum Glück viele Menschen in Deutschland genauso. Hilfsorganisationen und Wohlfahrtsverbände leisten mit großem Engagement dringend notwendige Arbeit. Wir meinen aber auch, staatliche und ehrenamtliche Hilfe muss besser koordiniert werden. Statt aufwändiger »Asylgipfel« sollte eine »Ständige migrationspolitische Konferenz« eingerichtet werden, in der Fachleute und Ehrenamt, migrantische Selbstorganisationen und staatliche

Strukturen verzahnt werden. Gesellschaft verändert sich – auch durch Zuwanderung und auch in Sachsen-Anhalt. Erstmals seit vielen Jahren kommen mehr Menschen ins Land als fortgehen. Das ist durchaus eine Chance. Und die wollen wir nutzen. Die Menschenrechte sind universell, sie gelten für jede und jeden. Willkommenskultur muss für alle da sein – wer als Asylbewerber ausgegrenzt wird, fühlt sich auch als Asylberechtigter nicht willkommen. Dezentrale Unterbringung in Wohnungen bleibt für uns ein wichtiges Ziel. In der momentanen Situation sollte dabei unser Augenmerk auf besonders Schutzbedürftige wie allein reisende Frauen und

Kinder gerichtet sein. Den Alltag der Geflüchteten wollen wir entbürokratisieren, dazu gehören die Einführung der Gesundheitskarte und Servicestellen für Integration in den kommunalen Verwaltungen. DIE LINKE steht an der Seite aller Mutigen und Engagierten und für eine Willkommenskultur. Rassistische Angriffe und Diskriminierung müssen konsequent verfolgt und geahndet werden. Gehen Sie wählen und verhindern Sie mit Ihrer Wahl den Einzug rassistischer und rechtspopulistischer Parteien in den Landtag! Angstmache und Vorurteile brauchen nicht auch noch die Bühne des Parlaments zu ihrer Verbreitung.



Lieber Wulf,

in ein paar Wochen wird in Sachsen-Anhalt ein neuer Landtag gewählt. Du bist im April 2015 von Deinem Landesverband als Ministerpräsidentenkandidat nominiert worden, und inzwischen läuft der Wahlkampf auf vollen Touren. Dein Terminkalender wird überquellen, der Tag ist eigentlich immer zu kurz, die Nacht sowieso. Wir kennen das beide, und wir wissen voneinander, dass wir die Kraft für solche Herausforderungen haben.

Übers Regieren muss ich Dir nichts erzählen, Du weißt, wie es ist, Verantwortung für die Entwicklung des Landes zu tragen. Das »Magdeburger Modell«, die Tolerierung einer SPD-geführten Minderheitsregierung durch die PDS, war 1994 für die einen eine Sensation, für die anderen ein Skandal. Die Zusammenarbeit hat acht Jahre lang gute Politik für Sachsen-Anhalt hervorgebracht. Und diese Zeit hat Dich nachhaltig geprägt.

Du weißt, regieren ist kein Selbstzweck, sondern es geht immer um konkrete Verbesserungen für die Menschen im Land. In Sachsen-Anhalt beginnt nun der Prozess, den wir in Thüringen bereits erfolgreich umgesetzt haben. Bevor unsere rot-rot-grüne Koalition die Arbeit aufgenommen hat, gab es vor allem in den Medien viele Debatten. Viele wollten uns erzählen, dass das nicht geht, etwas Neues anzufangen, weil noch nie ein Dreierbündnis erfolgreich regiert habe. Inzwischen haben wir erfolgreich das Gegenteil bewiesen. Rot-Rot-Grün in Thüringen hat gezeigt, dass unsere drei Parteien sehr

gut zusammenarbeiten können. Und bei allem Stolz auf unseren schönen Freistaat möchte ich behaupten: Was Thüringen kann, kann Sachsen-Anhalt auch!

Wir haben in Thüringen viele wichtige Reformprojekte umgesetzt oder auf den Weg gebracht. Nach jahrelangen Debatten hat Thüringen endlich ein Bildungsfreistellungsgesetz, wir haben den Verfassungsschutz reformiert, solidarische Haushalte ohne neue Schulden aufgestellt und wie versprochen im ersten Jahr 500 neue Lehrerinnen und Lehrer eingestellt. Auch Ihr habt vor, die Bildung zu stärken, schon zum Schuljahr 2016/17 mindestens 350 neue Lehrkräfte einzustellen und auf gar keinen Fall weitere Stellen abzubauen. Bildung ist eine richtige und wichtige Investition in die Zukunft, die sich auszahlt!

Lieber Wulf, Ministerpräsident ist kein Job wie jeder andere, man muss das leben. Du willst das, und Du kannst das, davon bin ich fest überzeugt.

Dein Bodo Ramelow

Die »Sparpolitik« schafft Schlaglöcher...



... und verzögert die Umsetzung wichtiger Bauvorhaben. Mit der beschönigend als Konsolidierung bezeichneten Personalabbau- und Kürzungspolitik der Landesregierung sind dringende Vorhaben beim Bau von straßenbegleitenden Radwegen, bei der Herstellung von Ortsumfahrungsstraßen oder bei Sanierungen von Straßenbrücken in eine unbestimmte Zukunft verschoben worden. Nicht nur Reduzierungen im Landeshaushalt, auch der damit einhergehende Personalabbau hat zu einem Umsetzungsstau geführt. Gespart hat die Landesregierung in den vergangenen zehn Jahren vor allem an zwei Stellen: bei den finanziellen Zuweisungen an die Gemeinden und Landkreise sowie bei der Personalausstattung in Landesbehörden. Überfällige Bauvorhaben des Landes, ganz gleich ob im Hoch-, Straßen- oder Tiefbau, sind künftig nur noch durch höhere Arbeitsverdichtung, d.h. Mehrbelastungen für die Ingenieure, Planer und Techniker der Landesbaubehörden, bei den Liegenschaftsverwaltungen oder beim Landesbetrieb für Hochwasserschutz möglich. Verschärft durch eine über Jahrzehnte faktisch unterlassene Neueinstellung von beruflichen

Nachwuchskräften ist der Personal-mangel mit den Händen greifbar. Auch Umstrukturierungen zur Effizienzverbesserung konnten und werden dieses Problem grundsätzlich nicht lösen. Obwohl bereits heute schon ein Altersdurchschnitt von Mitte fünfzig bei den genannten Kollegen erreicht ist (mit dem entsprechenden Krankenstand), sollen in den nächsten fünf Jahren nach den politischen Vorgaben des sogenannten Personalentwicklungskonzeptes der Landesregierung weitere 25 Prozent aller Stellen ersatzlos wegfallen. Nach dieser Logik würde eine rückläufige Einwohnerzahl gleichzeitig weniger Straßen und Brücken bedeuten, weil die angeblich nicht gebraucht werden. Wer glaubt so etwas? Die Frage nach einer aufgaben-gerechten Personalausstattung wird ebenso wenig gestellt wie die, woher irgendwann qualifizierte Berufsabsolventen gewonnen werden sollen. Junge Leute verließen in den letzten Jahrzehnten unser Land, weil ihnen hier Stellenangebote und die beruflichen Perspektiven fehlten, denn das Land wurde als Ausbilder und wichtiger Arbeitgeber seiner Rolle nicht gerecht. Die Landesregierung bleibt Antworten schuldig, wenn

Gewerkschaftsvertreter, Personalräte oder DIE LINKE als Opposition fragen, wie in Zukunft der Hochwasserschutz, die Landesvermessung oder die Straßenunterhaltung einschließlich des Winterdienstes zu sichern sind. Den Stolz des Finanzministers auf seinen Haushaltsplan ohne Neuverschuldung teilen wir als LINKE nur sehr verhalten, wenn das tägliche Funktionieren der Landeseinrichtungen in Gefahr gerät und die Grundsubstanz der Landesstraßen verfällt. Die jährlichen Haushaltsmittel zum Betreiben des Landesstraßennetzes können nicht einmal mehr den Instandhaltungsaufwand decken. In der Konsequenz bleiben Schäden bestehen, was zu einem wertmäßigen Substanzverzehr führt und den Sanierungsbedarf stetig wachsen lässt. Ein alter DDR-Witz feiert unfreiwillig komisch fröhliche Urständ: Die Anzahl

Geld ist genug vorhanden ...

... wie man am Baufortschritt auf dem Gelände des Truppenübungsplatzes in der Colbitz-Letzlinger Heide sieht. Zugegeben, der Bau der sogenannten Übungsstadt Schnöggersburg erfolgt in Zuständigkeit des Bundesverteidigungsministeriums, mithin nicht mit Geld des Landes Sachsen-Anhalt. Nur sind zwei Dinge besonders auffällig: Die Bauorganisation, Leitung und Überwachung übernehmen Landesbeschäftigte im Auftrag für den Bund. Sie stehen mit ihren Fähigkeiten nicht für zivile Projekte zur Verfügung. Von den ursprünglich genannten 100 Millionen Euro Baukosten wird auch nicht mehr gesprochen, denn mehrere bereits heute eingetretene erhebliche Kostenerhöhungen übernimmt der Bund. Nur sind das öffentliche Gelder, die nach Auffassung nicht nur der LINKEN sowie der »Bürgeriniti-



der Schlaglöcher wurde erfolgreich halbiert, aus zweien wurde eins gemacht. Konkret erleben wir im Landkreis, wie schwer beispielsweise der Kampf der Einwohnerinnen und Einwohner für einen straßenbegleitenden Radweg entlang der L 24 nach Oebisfelde ist. Seit Beginn meiner Landtagsarbeit im Jahr 2006 unterstütze ich diese Forderung und warne vor schweren Unfällen, die besonders Kindern drohen, die mit dem Fahrrad zur Schule fahren. Die ausweichend freundlich-unverbindlichen Antworten mehrerer Minister gegenüber den Anwohnern oder Abgeordneten auf die Frage, wann hier endlich gebaut wird, füllen inzwischen Aktenordner, lösen aber keine Bauaufträge aus. Zur Ehrlichkeit gehört hier auch der Hinweis, dass mit der Möglichkeit, Petitionen einzureichen, zwar die verfassungsmäßige Ausübung eines Grundrechts gewährleistet wird, nur führt eine Beratung solcher Eingaben erfahrungsgemäß nicht zur zügigen Behebung der Probleme.

ative für eine friedliche Nutzung der Heide« besser für nichtmilitärische Maßnahmen ausgegeben werden sollten. Viele wollen der Logik nicht folgen, nach der das Leben von Bundeswehrosoldaten durch eine »realitätsnahe« Kampfausbildung in dieser Übungsstadt mit schwenkbaren Brückenelementen, Straßenkilometern ins Nirgendwo und einem leeren U-Bahn-Tunnel im Heidesand geschützt werde. Leben und Gesundheit von Soldaten sind am sichersten, wenn sie nicht in Kriegsgebiete oder in »Einsätze« entsandt werden. Kriege sind kein Naturereignis, sondern Menschenwerk und das Ergebnis von geschürten, mindestens aber lange geduldeten Konflikten, die aus der Geld- und Machtgier mächtiger und im Verborgenen agierender Herrschaftskreise herrühren. Ein Umdenken ist zwingend geboten, zum Schutz von Menschenleben ebenso wie zur Vermeidung von Kriegen und Existenznot als Fluchtursachen.

Guido Henke



Guido Henke
Wahlkreis 07
Haldensleben

1964 in Haldensleben geboren, dort aufgewachsen und bis heute geblieben.

Beim Wachregiment gedient, 1986 Mitglied der SED geworden, 1990 bis 1993 parlamentarischer Berater der PDS-Fraktionen von Volkskammer, Bundestag und Sächsischem Landtag gewesen. 1993 bis 2006 als Verbandsjurist und Hauptgeschäftsführer Bau-gewerbe-Verband Sachsen-Anhalt gearbeitet, seit 2006 Mitglied der Fraktion DIE LINKE im Landtag, Sprecher für Bau und Wohnungspolitik. Mitglied in den Ausschüssen für Landesentwicklung und Verkehr, für Finanzen, im Ältestenrat sowie Vorsitzender des IBG-Untersuchungsausschusses.

2014 Parlamentarischer Geschäftsführer geworden. Seit Januar 2009 Mitglied der Partei DIE LINKE und Sprecher der LAG Stadtumbau und Wohnungspolitik, seit 2009 Stadtrats-, seit 2014 zweiter stellvertretender Kreistagsvorsitzender.

Durch unsoziale Politik verfügen viele Menschen und Kommunen über weniger Einkommen und Einnahmen. Das bedroht gutes Wohnen. In Zeiten tendenzieller Verarmung müssen gute Wohnbedingungen gesichert werden und Wohnungen dauerhaft für alle garantiert sein – bedarfsgerecht und bezahlbar. Sie dürfen trotz Modernisierungen und kommunaler Finanznot nicht als Ware missbraucht werden, um Profite zu machen. Wohngebiete sind an geänderte Anforderungen anzupassen. Sicherheit im Quartier, Barrierefreiheit und Grünflächen sind unverzichtbar. Den verschiedenen Ansprüchen von Senioren, Neuan-kömmlingen, Jugendlichen und Kindern ist in jeder Gemeinde gerecht zu werden. Meine Berufserfahrungen aus dem Arbeitgeberverband helfen dabei, Interessen von Mietern, Wohnungswirtschaft, Kommunen, Stadtteilbetreuern, Unternehmern und freien Berufen zu moderieren, um soziale Forderungen auch durch faire Auftragsvergaben und gerechte Entlohnung durchzusetzen.



Mit Herz für unsere Umwelt

Interview mit Prof. Dr. Volker Lüderitz



Prof. Dr. Volker Lüderitz,
Wahlkreis 08
Wolmirstedt

Liebe Bürgerinnen
und Bürger,

am 13. März wählen Sie
einen neuen Landtag.

Im Wahlkreis 08 (Wolmirstedt) stelle ich mich Ihrem Votum. Ich bin Wissenschaftler, Wasserwirtschaftler und im ehrenamtlichen Naturschutz tätig. Ich möchte meine langjährigen beruflichen Erfahrungen in die gesetzgeberische und fachpolitische Tätigkeit einbringen, denn ich habe nicht selten den Eindruck, dass es in politischen Gremien an eben jenem Sachverstand mangelt.

Ich habe in den achtziger Jahren an der Humboldt-Universität Berlin Biologie studiert und auch promoviert. Dazu kam 2008 die Habilitation an der Universität Greifswald.

Nach einer Zwischenstation in der Wirtschaft wurde ich 1993 Professor für Hydrobiologie und Gewässerökologie an der Hochschule Magdeburg-Stendal. Zehn Jahre war ich dort Dekan des Fachbereichs Wasser- und Kreislaufwirtschaft.

Neben meinen umfangreichen Lehraufgaben realisiere ich Forschungsprojekte auf den Gebieten der Gewässerökologie und -renaturierung, des Naturschutzes und des Einsatzes von künstlichen Feuchtgebieten in der Abwasserreinigung. Ein aktueller Schwerpunkt ist ein Projekt, in dem untersucht wird, wie sich eine naturnahe Gestaltung von Gewässern und Auen mit den Erfordernissen des Hochwasserschutzes verbinden lässt.

Im Landkreis Börde befasse ich mich vorrangig mit der Verbesserung der ökologischen Situation der Öhre und der Gewässer im Drömling.

Von 1990 bis 1998 war ich Mitglied der PDS-Landtagsfraktion und zugleich Vorsitzender des Umweltausschusses, danach bis 2011 ehrenamtlicher Vorsitzender des Bundes für Umwelt und Naturschutz in Sachsen-Anhalt. Seit 2014 bin ich Gemeinderat in Colbitz.

www.dielinke-boerde.de/luederitz

Sie waren bereits von 1990 bis 1998 Mitglied des Landtages von Sachsen-Anhalt. Wieso kandidieren Sie erneut?

Ich bin der Meinung, dass wir einen Regierungs- und vor allem Politikwechsel hin zu einer nachhaltigen Politik brauchen. Dazu möchte ich einen kleinen, aber merkwürdigen Beitrag leisten.

Sehen Sie das Umweltthema in Ihrer Partei gut aufgehoben?

Unser Markenzeichen ist, dass wir uns den drängenden sozialen Fragen der Gesellschaft zuwenden. Niemand erwartet von uns eine Umweltpolitik, wie sie Teile der Grünen vertreten. Trotzdem ist die Ökologie in der LINKEN zu schwach verankert, programmatisch wie personell. Wer aber die natürlichen Lebensgrundlagen ausblendet, wird langfristig auch keine soziale Politik machen können.

Wie schätzen Sie die aktuelle Umwelt- und Naturschutzpolitik der Landesregierung ein und welche Vorschläge zur Verbesserung der Situation von Natur und Artenvielfalt in unserem Lande haben Sie?

Mich hat die aktuelle Umweltpolitik zur Kandidatur »getrieben«. Ein Beispiel: Der Erhaltungszustand der meisten Schutzgebiete verschlechtert sich, obwohl die EU-Gesetzgebung etwas anderes fordert. Vielen schützenswerten Arten geht es heute schlechter als 1990. Das Landwirtschafts- und Umweltministerium nimmt diese Entwicklung weitgehend tatenlos hin. Hier sehe ich drei Aufgaben: Zum einen muss die Landesgesetzgebung aktualisiert werden. Zum zweiten müssen die FFH-Gebiete (Flora-Fauna-Habitat-Schutzgebiete nach

europäischem Recht) endlich als Naturschutzgebiete auch nach Landesrecht ausgewiesen werden, um sie wirksam zu sichern. Und schließlich sind die Naturschutzbehörden und auch die Umweltverbände so zu stärken bzw. zu unterstützen, dass sie die anstehenden Aufgaben auch bewältigen können, was gegenwärtig kaum möglich ist.

Die Landesregierung setzt bei ihrem Hochwasserschutzkonzept nur in untergeordnetem Umfang auf den sogenannten ökologischen Hochwasserschutz. Haben Sie bessere Vorschläge?

Nachhaltiger Hochwasserschutz stützt sich auf die Säulen Technik, Vorsorge und Retention, also Hochwasserrückhalt in der Fläche. In Sachsen-Anhalt werden aber rund 98 Prozent der entsprechenden Gelder für den rein technischen Hochwasserschutz ausgegeben – ein krasses Missverhältnis. Sicher sind stabilere Deiche nötig. Die Frage ist aber: Wo stehen diese Deiche? Wenn sie da ausgebaut werden, wo sie eigentlich zurückverlegt werden müssten, haben wir wenig gekonnt. Die Elbe hat 85 Prozent ihrer ursprünglichen Überflutungsflächen verloren. Da können die Deiche noch so hoch und fest sein – bei extremen Hochwassern wird es nicht reichen. Wir müssen also Überflutungsflächen rückgewinnen, und zwar allein an der Elbe etwa 10 000 Hektar. Das ist machbar, ohne Siedlungen zu tangieren. Es gibt zwar jetzt schon solche Projekte, aber zu wenige, und sie kommen nur sehr schleppend voran. Deichrückverlegungen versöhnen zudem den Hochwasserschutz mit dem Naturschutz. Überflutungsflächen sind Kernbereiche von Auenökosystemen, die die

artenreichsten Lebensräume in Europa überhaupt sind.

Die Colbitz-Letzlinger Heide – ein Kleinod des Naturschutzes – ist bislang nur zum geringen Teil für die zivile Nutzung freigegeben. Der BUND Sachsen-Anhalt e. V. fordert die Einstellung der militärischen Nutzung und die Ausweisung als Großschutzgebiet. Wie stehen Sie dazu?

Leider ist die Umsetzung dieser Forderung zurzeit unrealistisch. Die Landespolitik und Teile der Kommunalpolitik vor Ort haben sich vom Ziel einer zivilen Nutzung der Heide schon lange verabschiedet. Die Idee eines Naturparks, der zu einem der wertvollsten dieser Art in Deutschland gehören würde, wurde beerdigt. Für mich besonders schmerzlich, weil ich vor 20 Jahren federführender Autor des Naturparkkonzeptes war, das damals sogar vom Landtag beschlossen wurde. Das Konzept ist nach wie vor aktuell, nur sind wir von seiner Umsetzung weiter entfernt denn je. Die intensive Nutzung des Übungsplatzes und der Ausbau der Millionen Euro kostenden Geisterstadt Schnöggersburg werden vielmehr wahrscheinlich zu einer neuen Qualität der Umweltbelastung führen. Es ist weiter richtig und notwendig, ständig mit Aktionen daran zu erinnern, dass der militärische Missbrauch der Heide nicht alternativlos ist.

Das Land Sachsen-Anhalt ist mit der Umsetzung der europäischen Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) mehrere Jahre in Verzug. Welche Ursachen hat dies aus Ihrer Sicht und wie sähe ein zukunftsfähiger Gewässerschutz aus?

In Sachsen-Anhalt hat sich kaum ein Gewässer in den letzten 15 Jahren zu einem guten Zustand hin entwickelt. Es sind bisher nur wenige Projekte umgesetzt bzw. in Angriff genommen worden, die eine wirkliche Aussicht auf umfassenden Erfolg haben. Auch die Wissenschaft wird in diesem Bundesland kaum gefragt, könnte sie doch die gegenwärtigen Defizite offensichtlich machen. So arbeiten meine Kollegen und ich an durchaus erfolgreichen Großprojekten in Brandenburg, Niedersachsen und Bayern und eben leider wenig hier vor Ort. Im Landtag werde ich dafür kämpfen, dass sich diese Situation ändert.

Bei allen Fortschritten im Bereich der ökologischen Landwirtschaft entwickelt sich die sogenannte konventionelle Landwirtschaft mehr und mehr zum Hauptverursacher der Verschmutzung von Grund- und Oberflächengewässern. Wie und in welche Richtung sollte umgesteuert werden?

Insbesondere für den Landkreis Börde ist die Landwirtschaft ein sehr wichtiges Standbein, und das soll auch so bleiben. Aber so, wie vielfach gewirtschaftet wird, ist es weder nachhaltig noch umweltverträglich. Das vielfach völlig überzogene Ausbringen von Gülle, Gärresten und Klärschlamm hat in nicht wenigen Gebieten zu Grundwasserbelastungen geführt, festgelegte Grenzwerte werden bis um das Zehnfache überschritten. Da sich Grundwasser erst über Jahrzehnte regeneriert, werden noch unsere (Ur-)Enkel damit zu kämpfen haben.

Auch die Bäche und Flüsse werden durch die Intensivlandwirtschaft beeinträchtigt. Sand und Löß werden eingetragen, der Gewässergrund verschlamm, und gleichzeitig wird fruchtbarer Boden im Endeffekt in die Meere gespült. Was ist zu tun?

- Öffentliche Fördermittel für die Landwirtschaft müssen unbedingt an eine gewässer- und naturverträgliche Bewirtschaftung gebunden werden.
- Vorhandene gesetzliche Bestimmungen müssen in ihrer Einhaltung überprüft werden – dafür brauchen die Umweltbehörden das entsprechende Personal.
- Wo die Bundesregelungen nicht ausreichen, bedarf es landesspezifischer Regelungen.
- Wichtig ist, Veränderungen mit und nicht gegen die Landwirte durchzusetzen. Wird die verfehlte Förderpolitik verändert, ändert sich auch die Wirtschaftsweise.

Das Interview führte
Oliver Wendenkampf,
BUND Sachsen-Anhalt.



Gute Arbeit für eine sichere Zukunft

Niemand soll mehr wegziehen müssen, weil keine Arbeit da ist oder das schwer verdiente Geld nicht zum Leben reicht

In unserem Land sind viele Menschen arbeitslos. Und viele von denen, die Arbeit haben, stecken in schlecht bezahlten Jobs fest und verdienen zu wenig Geld, um an sozialen und kulturellen Ereignissen teilnehmen zu können. Besonders betroffen sind Frauen, junge Menschen, Menschen mit Behinderungen, sowie Migrantinnen und Migranten – egal, ob sie schon lange hier leben oder gerade erst vor Krieg und Elend zu uns geflohen sind. Andere Menschen, zum Beispiel in Pflegeberufen, haben so anstrengende Aufgaben zu bewältigen, dass ihnen nach einem Arbeitstag die Kraft für gesellschaftliches oder kulturelles Engagement fehlt. Sie sind müde und ausgebrannt.

Ich bin Berufsberaterin und weiß, worüber ich da rede. Es freut mich jedes Mal, wenn mir eine ganze Schulklasse erzählt, dass alle einen Ausbildungsplatz gefunden haben. Umso entsetzter bin ich, wenn ich drei oder vier Jahre später diese jungen Menschen wiedertreffe. Klar können manche nach der Ausbildung in ihrem Betrieb weiterarbeiten. Aber die meisten Unternehmen bieten nur noch befristete Arbeitsverträge an. Die Jugendlichen, die nicht zumindest einen befristeten Vertrag ergattern, landen in Zeitarbeitsfirmen und werden deutlich schlechter bezahlt als das Stammpersonal in den Betrieben. Wer will es unseren gut ausgebildeten Fachkräften verdenken, wenn die sich in anderen Regionen nach sicherer und gut bezahlter Arbeit umsehen und von hier verschwinden? Sie ziehen dann in Gegenden,

in denen sie bessere berufliche Perspektiven haben und wo es sich lohnt zu arbeiten, weil man von dem verdienten Geld nicht nur sich, sondern auch eine Familie ernähren kann. Diejenigen, die es sich nicht leisten können wegzuziehen, bleiben hier. Diese Entwicklung sorgt dafür, dass reiche Regionen immer reicher werden und ihren Einwohnerinnen und Einwohnern immer mehr Lebensqualität bieten können, während die sowieso schon ärmeren Regionen immer weiter verarmen. Dazu fällt mir das Beispiel der Schwimmbäder in Wolfsburg und Oschersleben ein: Natürlich kann eine Stadt mit hohen Steuereinnahmen eine riesige Therme mit mehreren Saunen finanzieren, während unsere Gemeinden nicht mehr wissen, woher sie überhaupt das Geld für den Erhalt eines Schwimmbades nehmen sollen.

Ich werde im Landtag für bessere Arbeitsbedingungen kämpfen. Sie sollen so sein, dass niemand hier wegziehen muss. Kommunen sollen finanziell so ausge-

stattet werden, dass sie eigenverantwortlich ein lebenswertes Umfeld für ihre Bürgerinnen und Bürger schaffen können.

Unser Wahlprogramm trägt den Titel: »Ein Land zum Leben. Ein Land zum Bleiben.« Ich verstehe das als Arbeitsauftrag und will meine fachliche Kompetenz auf dem Gebiet der Arbeitsmarktpolitik sowie meine Kenntnisse über die Lebens- und Arbeitsbedingungen in unserer Region in den Landtag einbringen.

Ein Leitfaden ist für mich die von meiner Partei am 1. Mai 2015 gestartete Kampagne »Das muss drin sein«. Mit ihr stellen wir Forderungen auf und unterbreiten Vorschläge, die auf Umverteilung und gerechte Bezahlung von Arbeit zielen. Wir wollen zum Beispiel:

- die massenhaften Befristungen von Beschäftigungsverhältnissen stoppen und Leiharbeit verbieten sowie Kettenbefristungen und sach- und grundlose Befristungen untersagen
- eine Mindestsicherung ohne Sanktionen statt Hartz IV, kurzfristig eine Erhöhung der

Hartz-IV-Regelsätze und die Abschaffung von Sanktionen und »Ein-Euro-Jobs« sowie von Bedarfs- und Einsatzgemeinschaften und Zwangsumzügen

■ eine Umverteilung von Arbeit, statt Arbeitslosigkeit für die einen und Dauerstress für die anderen

■ mehr Selbst- und Mitbestimmungsrechte für Beschäftigte in Bezug auf Arbeitszeit und -gestaltung

■ Wohnung und Energie bezahlbar machen

■ neue Mietwohnungen mit Sozialbindung

■ mehr Personal für Bildung, Pflege und Gesundheit

■ Kitas, Schulen, Krankenhäuser finanziell stärken.

All diese Forderungen lassen sich von der Bundesebene auf das Land Sachsen-Anhalt übertragen, und deshalb ist diese Kampagne für mich Richtschnur meines politischen Handelns. Damit niemand mehr fortziehen muss, um gute Arbeit zu finden.

Doreen Hildebrandt



Doreen Hildebrandt

Wahlkreis 09
Oschersleben (Bode)

1973 in Nordhausen geboren, in Sundhausen zur Schule gegangen, in Erfurt Abitur und Ausbildung zur Eisenbahnerin. 1992 bis 1995 Studium an der Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung in Mannheim, Abschluss als Diplom-Verwaltungswirtin in der Fachrichtung Arbeitsverwaltung. Bis 1998 Sachbearbeiterin im Bereich berufliche Förderung Jugendlicher des Landesarbeitsamtes Sachsen-Anhalt-Thüringen (jetzt Regionaldirektion) in Halle. Danach berufliche Qualifizierung zur Berufsberaterin in St. Ingbert. Seit 1999 Berufsberaterin in der Agentur für Arbeit Magdeburg. Seit 2001 Mitglied in der Partei DIE LINKE.

Nur gute Ausbildung und gute Arbeit sichern die Zukunft der Menschen in unserem Land. Frauen, Jugendliche, Ältere, Langzeitarbeitslose, Migranten und Menschen mit Behinderung müssen besser in den Arbeitsmarkt integriert werden. Der Mindestlohn war ein erster Schritt, um die Zahl der Menschen, die trotz Arbeit vom unwürdigen Arbeitslosengeld II abhängig sind, zu verringern. Aber es ist noch viel zu tun, um gute Bedingungen für »ein Land zum Leben und ein Land zum Bleiben« zu schaffen.

Wir brauchen:

- besseren Zugang zum Arbeitsmarkt für Migrantinnen und Migranten
- bessere Bedingungen für die Zusammenarbeit aller an der Integration in der »Behindertenförderung« beteiligten Institutionen
- sinnvolle Bündelung der Förderprogramme von Land, EU, Bund und Kommunen
- sinnstiftende Beschäftigungsprogramme (Gemeinwohlarbeit) für Langzeitarbeitslose
- Weiterentwicklung der Konzepte »Jugendberufsagenturen« und des Regionalen Übergangsmagements Sachsen-Anhalt (RÜMSA)
- attraktivere Bedingungen in der Berufsausbildung (dual und schulisch) und inklusive Hilfen für geringverdienende Azubi
- vereinfachten Zugang zum Bildungs- und Teilhabepaket.



Unser Projekt Gemeinwohlarbeit – umverteilen, statt falsch gewichten

Die Fraktion DIE LINKE arbeitet an einem Konzept »Gemeinwohlarbeit für Sachsen-Anhalt«. Unsere arbeitsmarktpolitische Sprecherin im Landtag, Sabine Dirlich, hat bundesweit das Wort »öffentlich geförderter Beschäftigungssektor« geprägt. Arbeit ist mehr als Geldverdienen. Sie ist stattdessen für nahezu alle Menschen wichtig für

deren Selbstbestimmung, für Anerkennung und gesellschaftliche Teilhabe.

Menschen ohne Erwerbsarbeit werden ausgegrenzt. Ein besonderes Problem stellt die sogenannte Sockelarbeitslosigkeit dar: Je länger Menschen arbeitslos sind, desto geringer werden ihre Chancen, jemals wieder auf dem Arbeitsmarkt Fuß zu fas-

sen. So steigt auch der Anteil der Langzeitarbeitslosen in der Arbeitslosenstatistik. Etwa drei Viertel der Arbeitslosen in Sachsen-Anhalt beziehen inzwischen Hartz IV! Gleichzeitig werden viele gesellschaftlich wichtige Aufgaben gar nicht oder nur sehr unzureichend erfüllt. Ob es um die soziale Begleitung älterer allein-stehender Menschen geht, um die Stärkung sozial benachteiligter Kinder und Jugendlicher, um die Beseitigung von Barrieren, um Kulturförderung oder Unterstützung von Flüchtlingen.

Da es also den einen an Arbeit mangelt und wir alle darunter leiden müssen, dass andere Arbeit liegenbleibt, liegt die Idee der Gemeinwohlarbeit nahe. Wir kennen sehr unterschiedliche und teils umstrittene Instrumente und Ansätze öffentlich geförderter Beschäftigung: von vollständig tariflich entlohn-

Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen über Länderprogramme aus ESF-Mitteln, wie z. B. Bürgerarbeit, bis hin zu den sogenannten Ein-Euro-Jobs für Hartz-IV-Empfänger. In Bundesländern mit Regierungsbe-teiligung der Partei DIE LINKE hat man besonders weitgehende Konzepte der Arbeitsmarkt-förderung entwickelt. Ein paar grundsätzliche Ansprüche haben wir für die öffentlich geförderte Beschäftigung formuliert: So muss die Gemeinwohlarbeit freiwillig und vollständig sozial-versicherungspflichtig sein, die Bezahlung darf keinesfalls unterhalb des Mindestlohns liegen, und die Arbeit muss tatsächlich zusätzlich sein. Zur Unterstützung des Konzeptes können Sie mit Ihrer Stimme Doreen Hildebrandt, Direktkandidatin des Wahlkreises 09, Oschersleben, wählen.



Alles wie immer, nur schlimmer

Deshalb müssen und wollen wir es besser machen – die Kommunen brauchen neue Ideen und Vorschläge



Jürgen Ohst
Wahlkreis 20
Wanzleben

Wütend, aber konstruktiv

Jahrgang 1959, verheiratet, zwei Kinder. Geboren in Düsseldorf, Nordrhein-Westfalen.

Hat Abitur gemacht, eine Gärtnerlehre absolviert, danach ein Studium der Landespflege an der Technischen Fachhochschule Berlin. Arbeitet seit 1991 im Umweltamt Magdeburg in der Unteren Naturschutzbehörde. Wohnt seit 19 Jahren in Druxberge.

Ist seit 1998 Mitglied der PDS, Linkspartei.PDS und heute der Partei DIE LINKE. Mitglied des Kreisvorstandes im Kreisverband Börde und dort umweltpolitischer Sprecher. Mitglied im Gemeinderat Eilsleben und im Verbandsgemeinderat Obere Aller.

Ist Mitglied im BUND (Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland).

Will mit neuen Ideen und Vorschlägen eine Zukunft für den ländlichen Raum ermöglichen. Kämpft gegen die systematische Entvölkerung der ländlichen Regionen durch falsche Politik und Verschleuderung von Fördergeldern an nomadisierende, asoziale Unternehmen und Unternehmungen.

Setzt sich für demokratische, bürgernahe Strukturen in den Dörfern ein. Ebenso für Teilhabe durch Mobilität ohne Auto, indem Radverkehr und der Öffentliche Personennahverkehr ausgebaut und attraktiver sowie billiger gemacht werden.

Wehrt sich dagegen, dass Sachsen-Anhalt eine Spielwiese für hochriskante Technologien, wie grüne Gentechnik oder Lagerung von Abprodukten, wird.

Will regionale Wirtschaftskreisläufe fördern, die vor Ort Wertschöpfung und Kaufkraft bringen.

Sieht viel Potenzial, die Vorreiterrolle Sachsen-Anhalts im Bereich erneuerbare Energien auszubauen.

Das ist nun die dritte Landtagswahl, an der ich aktiv teilnehme. Was hat sich in unserem Land getan? Bernd das Brot antwortete wahrscheinlich: Alles ist wie immer, nur schlimmer.

Das zeigt mir meine langjährige Mitwirkung in der Kommunalpolitik, das spüren alle Menschen in unseren Kleinstädten und Dörfern. Und wer der eigenen Anschauung und den eigenen Stadt- oder Gemeinderäten nicht vertraut, kann es auch nachlesen – beispielhaft in der sogenannten SWOT-Analyse (das ist eine Analyse der Stärken und Schwächen, Chancen und Risiken) für die LEADER Subregion Flechtinger Höhenzug.

Was steht da drin? Die Böden sind gut, die Verkehrsverbindungen auch, zentrale Lage in Deutschland und Europa, noch ist ein breites Netz an kleinen und mittelständischen Unternehmen vorhanden, die Versorgung in der Fläche mit Waren des täglichen Bedarfs ist einigermassen stabil.

Trotzdem wandern die jungen Menschen ab, sind die Betriebe einseitig ausgerichtet auf Zulieferung für die Automobilindustrie und in der Landwirtschaft auf Marktfruchtanbau, geht die Versorgungssicherheit im ländlichen Raum in allen Bereichen zurück, gibt es zu wenig Direktvermarktung und Bioanbau, ist der ÖPNV mangelhaft und setzt einseitig auf Schülerbeförderung, sind die Kommunen bankrott, zeigt die Daseinsvorsorge Mängel in allen Bereichen (Schulstandorte, Arztpraxen, Einkaufsmöglichkeiten, Kulturräume, Verfall ortsbildprägender Bausubstanz usw.).

Das ist seit fast fünfzehn Jahren Thema meiner Wahlkämpfe. Das ist die Bilanz der bisherigen Landesregierungen. Wobei man sagen muss, dass der in den letzten Jahren ausgebrochene Kürzungs- und Privatisierungswahn das Tempo dieses Niedergangs deutlich verschärft hat. Wer den Abwicklern und Kaputtspargern, den Totengräbern der ländlichen Räume das Handwerk legen will, der muss bei der nächsten Wahl seine Kreuze bei uns machen!



Ein kleines Beispiel aus der kommunalen Praxis: Am 2. April fand ein Gespräch zwischen Vertretern der Verbandsgemeinde Obere Aller und der Kassenärztlichen Vereinigung statt. Ziel war es, Möglichkeiten zur besseren ärztlichen Versorgung in den Dörfern zu finden. Laut KV ist der Planungsbezirk Oschersleben, zu dem die Gemeinde gehört, für Neuzulassungen gesperrt. Es seien genügend Hausärzte zugelassen – Versorgungsrate 103 Prozent! Dabei interessiert es nicht, wo diese Ärzte sitzen. In der Praxis stellt sich das dann so dar: Ein alter Mann muss zum Arzt. Weil ihn niemand hinfahren kann, müsste er sich ein Taxi nach Oschersleben nehmen, denn ein Bus fährt in den Ferien nicht. Er hat aber kein Geld und geht deshalb gar nicht zum Arzt. Am Ende wird er dann ein Notfall, der die Krankenkasse ein Vielfaches einer einfachen, aber rechtzeitigen Behandlung durch den Hausarzt kostet. Das menschliche Leid lässt sich ohnehin nicht abrechnen.

Das vorgestellte Wahlprogramm steht für eine Politik, die den Menschen Angebote in der Fläche macht, ihnen echte Perspektiven bietet. Wir zeigen – unterlegt mit realisierbaren Vorschlägen –, dass die fort-

schreitende Verödung und Verelendung des ländlichen Raums kein unausweichliches Schicksal ist, sondern durch Fehlentscheidungen verursacht wurde. Entscheidungen, die revidiert werden können, die nicht »alternativlos« sind, wie man uns immer wieder weismachen will. Brauchen wir wirklich noch mehr Straßen, während die vorhandenen unter unseren Füßen zerfallen? Brauchen wir mehr Massentierhaltung, während die Menschen immer dicker und kränker werden? Mehr Monokulturen von Mais und Raps für Biosprit und Biogas, während die Böden und das Grundwasser ruiniert werden?

Wir brauchen eine neue Herangehensweise

Die perverse Logik des immer mehr, immer billiger, immer größer muss durchbrochen werden. Und sie kann auch durchbrochen werden. Warum ist die Landesförderung für eine Hofumstellung auf biologischen Anbau in Sachsen-Anhalt so erbärmlich niedrig? Warum können Gärtnerhof- und Biolandbauprojekte nicht als gemeinwohlorientierte öffentliche Beschäftigung beginnen und dann als funktionierender Betrieb weitermachen? Warum wird der ÖPNV immer teurer und immer schlechter?

Warum kommt die Speichertechnologie für Strom nicht voran? Warum gibt es immer noch keine Wasserstofftechnologie für Fahrzeuge?

Weil die Landesregierung die Fördergelder lieber bankrotten Firmen ihrer Spezies hinterherwirft. Weil sie lieber an Fördergeldnomaden verteilt, deren Geschäftsmodell »Nimm ohne zu geben« bis jetzt und auf Kosten der Steuerzahlenden so gut lief. Weil Geld für dämliche Frühaufsteher-Imagekampagnen verpulvert wird, die im Grunde die eigene Bevölkerung verhöhnen.

Warum stehen wir früher auf? Weil unsere Landesregierung schläft, weil unsere Arbeitswege weiter sind, weil wir den Bus um sechs Uhr nehmen müssen, um sieben fährt nämlich keiner, weil wir Billiglohn-drei-Schicht-Jobs in Logistik- und Callcentern haben, weil unsere Kinder Stunden brauchen, um zur Schule zu kommen. Jeder auf dem Land braucht ein Auto, viele fahren 100 Kilometer am Tag, Energie, Wasser, Müllentsorgung werden immer teurer, die Kommunen drehen – erpresst von der Kommunalaufsicht – an der Gebäureschraube. Und dann erzählt man uns, die Löhne könnten geringer sein, schließlich seien ja die Lebenshaltungskosten niedriger.

Wofür wir kämpfen, wofür ich stehe

DIE LINKE steht mit ihrem Programm für einen besseren und preiswerteren ÖPNV, für mehr Arbeitsplätze in der Fläche durch echten Fortschritt, für gesündere Nahrungsmittel und einen intakten Naturhaushalt. Sie will die Wertschöpfung in den ländlichen Raum zurückbringen und damit auch die professionelle Tierquälerei in der Massentierhaltung beenden. Für ein längeres und gesünderes Leben. Wie das zusammenhängt? Weil dadurch die Ausbreitung multiresistenter Keime maßgeblich reduziert wird. Durch den massenhaften Einsatz von Antibiotika sind Massentierhaltungen Brutstätten von resistenten Keimen, die von der Abluft, durch die Mitarbeitenden und die Gülleverbringung weit ins Umland verteilt werden. In NRW – nur von dort kenne ich belastbare Zahlen, denn hier werden sie verheimlicht – wurden 96,4 Prozent der Hähnchen in Mastbetrieben mit Antibiotika behandelt. Das bleibt nicht ohne Folgen. Der sogenannte Veterinär-MRSA (Krankenhauskeim) hat außerhalb der Krankenhäuser bereits einen Anteil von 17,4 Prozent an den Infektionsfällen.

Mit einer Vitalisierung nachhaltiger Produktion können Menschen jeden Bildungsgrads und unterschiedlicher Qualifikation nicht nur im ländlichen Raum gehalten werden. Es wird Binnennachfrage generiert, die von den Spekulationsblasen der Weltmärkte wenig beeinflusst wäre. Und es würde eine lebenswerte Heimat erhalten, die vielleicht sogar den einen oder anderen wieder aufs Land zurückholt.

Dieses Programm kann ich mir guten Gewissens zu eigen machen, und dafür werde ich kämpfen.

Jürgen Ohst



Hass aus Bequemlichkeit

Ein Gespräch mit Matthias Brenner, Intendant des Neuen Theaters in Halle, und André Bückler, bis 2015 Generalintendant des Anhaltischen Theaters in Dessau



2013 haben in Sachsen-Anhalt Tausende gegen die von der Landesregierung geplanten Kürzungen bei der Kultur protestiert. Wie steht es heute um die Kultur im Lande?

André Bückler: Es ging ja nicht nur um Kunst und Kultur, es ging auch um die Bildungslandschaft, die Wissenschaft, die Hochschulen. Das ist etwas gewesen, das eine seltene Einigkeit hergestellt hat. Wenn ich mich erinnere, mit wie vielen Menschen wir hier auf dem Universitätsplatz in Halle waren, mit Studenten, Theaterleuten, Museumsleuten, Bibliotheksleuten. Und ich habe in der Zeit auch immer gesagt: Das ist der Rohstoff des Landes – Kultur, Bildung, Kunst, Wissenschaft. Das zählt auch heute noch und müsste in die Zukunft entwickelt werden. Was könnte man schaffen, wenn man diese Leute liebe und ihnen Möglichkeiten gäbe.

Matthias Brenner: Wir können es nur von zwei Seiten ändern. Es muss in der Bevölkerung eine Begehrlichkeit geben. Und es muss, wenn es einen Machtwechsel geben sollte, einen Politikwechsel, auch eine Befähigung geben, eine Atmosphäre zu schaffen, in der sich ein

Land selber am Kragen und am Hosenboden gleichzeitig aus der Scheiße ziehen kann. Da ist so viel Potenzial. Eine Stadt in dieser Größenordnung kenne ich nicht, die so ein kulturelles, künstlerisches Potenzial hat wie Halle. Das finde ich enorm spannend, aber man belässt es im Prinzip dabei und setzt die Spirale nach unten ein. Wir sind mit einem Sumpf zu vergleichen, und die Erdanziehungskraft zieht uns nach unten, da können wir machen, was wir wollen. Und wenn wir es leisten können, dagegenzuhalten, uns immer wieder miteinander herauszuziehen, dann haben wir was geschafft. Dann können wir auch duschen gehen.

Im unlängst vorgelegten Landeskulturkonzept der Fraktion DIE LINKE im Landtag Sachsen-Anhalt spielen Bildung, der Kontakt von Kindern zur Kultur eine große Rolle. Wie wichtig ist da das Theater?

André Bückler: Vor 20 Jahren hatten das die Theater noch nicht so richtig erkannt, da war von Vermittlungs- oder Bildungsarbeit kaum die Rede. Mittlerweile gibt es kein Theater mehr, das sich nicht theaterpädagogisch engagiert, rausgeht in

die Stadt, in die Schulen, aber auch ran an die Lehrer. Wir haben 2014 in Dessau in über 400 Veranstaltungen 16 000 Kinder über die theaterpädagogischen Programme erreicht. Das sind schon enorme Zahlen, besonders in Städten, in denen es viele Probleme gibt, gerade im Hinblick auf Gewaltprävention, zivilgesellschaftliches Engagement gegen Rechts.

Matthias Brenner: Wir hatten eine Weihnachtspremiere hier im Neuen Theater. Da sitzen die Kinder drin und begegnen als erstes einem Teufel und seinem Sohn, der geprüft wird. Und plötzlich halten die zu dem Kleinen. Die halten zu einem Teufel, die Fünfjährigen. Das ist so großartig, wie sie der ältesten Theaterfigur mit diesem Widerspruch begegnen und einen Exkurs darüber erfahren, was Ewigkeit heißt und was Eis heißt und was ein Splitter bedeutet im Herzen. Und dass die Umwelt erkalten kann, wenn man dem Teufel nicht begegnet ist, um dagegen anzutreten.

Sehr häufig wird an der Kultur gespart. Ein Vorwurf lautet, sie rechne sich nicht.

André Bückler: Kultur »rechnet« sich natürlich nie oder nur dann, wenn alle Kosten auf die Eintrittspreise umgelegt würden. Dann kostet eine Eintrittskarte 250 Euro, und dann können wir uns ja ausrechnen, wie viele Leute sich das leisten können. Das kann ja nicht die Kultur sein, die wir wollen. Öffentlich geförderte – und ich sage bewusst nicht subventionierte, sondern öffentlich geförderte – Kultur ist etwas, das im öffentlichen Interesse der Gemeinschaft ist. Diese Kultur muss eine möglichst niedrige Zugangsbeschränkung auch über die Preise haben. In London kommen Sie kostenlos in jedes Museum. Das finde ich fantastisch! Dort hat man erkannt, dass die Kultur wertvoll, ein Wert an sich ist.

Matthias Brenner: »L'art, c'est de l'argent« hat Michel Piccoli mal gesagt – Kunst ist Geld, Kunst kostet kein Geld, Kunst ist Geld. Das kannst du zum Fenster rauswerfen, es kommt in Manteltaschen wieder herein. Wenn ich mit Studenten auf dem Uni-Platz rede, weiß ich, dass die nicht alle ins Theater gehen, aber sie sind ganz wesentliche Transmitter. Dieser Uni-Platz ist eingeklamert von zwei Theaterhäusern – vom Opernhaus und von uns. Das ist ein unglaublich hohes Gut, weil es ein Thema ist. Das sind Bleibegründe in einer Region, Gründe, in einer Stadt, in einer Kommune miteinander leben zu wollen. Und da muss man aufpassen, dass man die Krankenhäuser nicht abwirt-

schaftet, die Universitäten, die Kultureinrichtungen. Als letztes schließen dann die Kneipen. Das wissen die wenigsten. Und dann kann man sich nicht mal mehr kollektiv besaufen.

Das Thema Flüchtlinge polarisiert im Moment wie kein anderes und verschafft der AfD gerade im Osten enormen Zulauf. Was ist zu tun?

André Bückler: Wir müssen, um überhaupt zu irgendeiner Lösung kommen zu können, weg von dieser furchtbaren Angstkultur, die wir im Moment überall vorfinden. Mit Angst kann man nichts Konstruktives machen. Angst ist eine schlimme Waffe. Vor kurzem hieß es, man müsse Angst haben, auf den Weihnachtsmarkt zu gehen, weil sich dort eingesickerte Flüchtlinge als ISIS-Kämpfer enttarnen und in die Luft sprengen. Da wird ein Länderspiel abgesagt, und keiner weiß, warum. Man muss bei dem Flüchtlingsthema die Leute mit

geschürt. Das ist einfach Hass aus Bequemlichkeit.

Matthias Brenner: Genau deswegen sage ich ganz öffentlich: Ich bin an einem Politikwechsel in Sachsen-Anhalt interessiert. Nicht nur, weil ich hier Kultur- und Kunstschafter bin, es hat bei mir auch eine instinktive Komponente, dass wir eine Riesenchance versäumen, wenn wir das konservieren, was da ist. Da gibt es nichts zu konservieren. Es ist nämlich nicht allzu viel da. Es ist ganz viel Kredit in Lebenslust verbraucht, und es ist ein hohes Gut, ein hohes Glück, dass man neben allem Hass, den man erleben muss, mit einer empathischen Ader ausgestattet ist. Und die kann man jetzt umsetzen. Das fällt vielen schwer, ich will sie nicht kleinreden, die Konflikte, die es in den Kommunen gibt. Aber einfach zuzumachen, dichtzumachen, zu sagen, wir bauen uns noch eine Armee um Europa, das ist der Tod, und das ist der gewählte Tod, das ist der



den Alternativen konfrontieren. Gregor Gysi hat in der Bundespressekonferenz die Frage gestellt: »Was wollen Sie machen, wollen Sie die Leute alle erschießen? Das ist die zentrale Frage, darauf fällt alles zurück. Auf die Frage, ob wir an unseren Grenzen auf Menschen schießen wollen, die zu uns kommen, um sich zu retten. Diese Frage müssen wir für uns klären. Und wenn es in Deutschland tatsächlich eine Mehrheit dafür gibt, dass wir an unseren Grenzen auf Menschen schießen, die vor Gewalt flüchten, dann wandere ich aus. Wer von uns erlebt denn schon eine Beeinträchtigung seines Lebens? Wer lebt denn jetzt schlechter, wo ein paar Hunderttausend Flüchtlinge da sind? Sind Lebensmittel rationiert, sind Autobahnen gesperrt worden? Wird man nicht mehr behandelt im Krankenhaus? Kriegt man sein Arbeitslosengeld nicht mehr? Nichts dergleichen! Dieses Land funktioniert. Und es würde auch mit noch mehr Menschen weiter funktionieren. Das ist doch gar nicht die Frage. Doch es wird mit Verlustängsten gespielt und Hass

bestellte Tod! Das sind Killer, die engagiert werden müssen, um andere Menschen abzudrängen, auch billigend den Tod anderer in Kauf zu nehmen. Und das bestellen wir per Scheckkarte. Wir haben überhaupt nicht so viel auf dem Konto, um das zu bestellen. Das geht einfach nicht. Und deshalb sage ich ganz klar, hier gehört ein Politikwechsel her.

Wenn die Bundesregierung nicht ernsthaft beginnt, die Fluchtursachen wirksam zu bekämpfen, die Weltprobleme ernsthaft anzugehen, werden sie täglich verschärfter zu uns kommen, bis sie unbeherrschbar sind. Natürlich, Frau Bundeskanzlerin, können Sie das nicht allein. Das erwartet auch niemand. Aber was bereiten Sie eigentlich auf den G-7-, G-8- oder G-20-Gipfeln? Warum drängen Sie nicht darauf, wirksam gegen Krieg, Hunger, Not, Elend, Armut und Rassismus vorzugehen?
Gregor Gysi im Deutschen Bundestag





13. März 2016 Wählen gehen – damit sich etwas verändert!

»Ich gehe nicht mehr wählen.«
»Politiker sind doch alle gleich.«
»Es ändert sich ja doch nichts.«

Leider höre ich das immer öfter. Aber ich will Ihnen dazu etwas sagen. Sie haben es in der Hand, ob sich etwas ändert. Wenn Sie nicht wählen gehen, werden es andere für Sie tun, die es vielleicht nicht allzu gut meinen. Oder die anderen bleiben auch zu Hause. Dann laufen Sie tatsächlich Gefahr, dass alles bleibt, wie es ist.

Politikerinnen und Politiker sind nicht alle gleich. Ich nenne Ihnen nur drei Beispiele, wo sich DIE LINKE deutlich von allen anderen Parteien unterscheidet:

- Sie hat noch nie einem Angriffskrieg zugestimmt, und sie wird das auch in Zukunft nicht tun.
- Sie kämpft für die Angleichung der Löhne und Renten im Osten an das Westniveau.
- Sie will, dass Bürgerinnen und Bürger mitbestimmen können und bundesweit Volksentscheide eingeführt werden.

Dafür steht wirklich nur DIE LINKE. Wenn Sie wollen, dass diese politischen Forderungen auch durchgesetzt werden, gehen Sie am 13. März 2016 wählen und geben Sie meiner Partei Ihre Stimmen.

John George Gysi



Schmücker Str. 20 · 98716 Elgersburg/Thr.
www.hotel-am-wald.com
https://www.facebook.com/hotelamwald
Telefon 03677 79800

Mehr Pädagoginnen und Pädagogen für gute Bildung

Die Landesregierung setzt jedes Jahr neu den Rotstift an. Sie nennt es »sparen«, angeblich, um der kommenden Generation einen ordentlichen Haushalt zu hinterlassen. Gut, könnte man meinen, würde sie nicht die Zukunft genau jener Generation wegsparen – und damit auch die Sachsen-Anhalts. Tausende Lehrerinnen- und Lehrstellen sind dieser Politik schon zum Opfer gefallen. Die Folge: Unterricht fällt aus, inzwischen fast überall im Land. Die Schülerinnen und Schüler Sachsen-Anhalts erreichten in den vergangenen Jahren in bundesweiten Vergleichen Spitzenleistungen. Es gab – neben anderen – einen wichtigen Grund dafür: ausreichend gute Lehrerinnen und Lehrer. Damit ist mittlerweile Schluss. Weder bildet das Land genügend Nachwuchs aus noch stellt es genügend neue Lehrkräfte in den Landesdienst ein.

Jedes Jahr stehen damit weniger Lehrkräfte vor den Klassen, jedes Jahr fällt mehr Unterricht aus. Das kann nicht so bleiben. Wir müssen kurzfristig etwas tun, um die größten Lücken zu schließen, und langfristig daran arbeiten, wieder eine gute Unterrichtsversorgung zu sichern. Kurzfristig heißt: Zum Schuljahr 2016/17 wollen wir mindestens 350 Lehrkräfte mehr einstellen, als es CDU und SPD planen. Auch unverständliche Hemmnisse für eine Bewerbung wol-



len wir abbauen: Alle Lehrkräfte, die wir in Sachsen-Anhalt ausbilden, und auch solche mit DDR-Lehrerausbildung wollen wir in unsere Schulen holen, wenn sie es wollen. Langfristig Vorsorge zu treffen bedeutet, die Kapazitäten an den Universitäten und in den staatlichen Seminaren schnellstmöglich dem tatsächlichen Bedarf anzupassen. Die Zahl der Schülerinnen und Schüler wird in den kommenden Jahren stabil bleiben, im Moment steigt sie sogar etwas. Darum wollen wir einen weiteren Stellenabbau im Schuldienst verhindern und wieder mindestens an das Niveau heran, das wir 2013 hatten: 14 300 Stellen. Das wird nicht einfach, zu viel ist von CDU und SPD in den vergangenen Jahren falsch gemacht worden. Doch ohne einen Kurswechsel werden wir uns von guter Bildung in Sachsen-Anhalt immer weiter entfernen.



Thomas Lippmann, Vorsitzender der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Sachsen-Anhalt, Kandidat für DIE LINKE zur Landtagswahl 2016



Matthias Höhn, Bundesgeschäftsführer der Partei DIE LINKE, Kandidat für DIE LINKE zur Landtagswahl 2016

Spionin	Rosenöl	Hochebene	Anrede Sache (lat.)	engl. Artikel	babylon. Gott	Weltmeer	Laufvogel							
LINKE-Spitzenkandidat		1			Magdeburger Wahrzeichen		Turngerät							
griech. Buchstabe	10	Waldtier			Himmelsbläue	5								
feine Textilfaser							Stiftung in Dessau							
Drei (ital.)			3	2	7		dt. Alphabet							
			8	4	6	5	9	2						
Luftreifen	Schmelzüberzug		7	1	4									
			7		8		3							
		6		5	9	6	4							
arab. Staat	Landeshauptstadt	Schiff-fahrtskunde			3		1							
			8	7	6	3	5	2						
					5	9	1							
sagenh. Sonnenland	11	Cousine (veralt.)	12	Bruderschaft in Halle		Fahrt								
Ge-schmacks-verstärker						Papst-name Ruhe								
Wagen-schup-pen	4	einbal-samier-ter Körper		Fluss in Sachsen-Anhalt	Lotterieschein		Wind-richtung früher							
					dt. Re-formator									
Salomon-insel				Honig-wein	Zwerg der Sage		Tier-kadaver nord. Gottheit							
		röm. Liebes-gott		7		Wolle (lat.)	14							
längl. Ver-tiefung					Verord-nung		9							
Alter (engl.)		engl. Schul-stadt					3							
							Nord-osteuro-päer							
Lösungswort	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14

Die Teilnahme ist für alle möglich, ausgenommen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Geschäftsstellen der LINKEN und deren Angehörige. Bei der Auslosung der Gewinnerinnen und Gewinner sind der Rechtsweg und die Barauszahlung ausgeschlossen. Die Gewinnerinnen und Gewinner werden direkt benachrichtigt. Adressdaten werden nicht gespeichert oder weiterverwendet.

Preisrätsel

Zu gewinnen:



■ eine Reise nach Brüssel mit Besuch des Europäischen Parlaments



■ eine Reise nach Berlin mit Besuch des Deutschen Bundestages



■ ein Wochenende zu zweit im Hotel »Am Wald« in Elgersburg (Thüringen)

Lösung bitte bis zum 20. März 2016 einsenden an: DIE LINKE, Sachsen-Anhalt Ebendorfer Straße 3 39108 Magdeburg oder per E-Mail an: kontakt@dielinke-lsa.de

Impressum: Wahlzeitung zur Landtagswahl in Sachsen-Anhalt 2016, Auflage: 80 000 Redaktionsschluss: 6. Januar 2016 Herausgeberin: DIE LINKE, Sachsen-Anhalt www.dielinke-sachsen-anhalt.de V.i.S.d.P.: Tatjana Behrend Die Nutzungsrechte nicht gekennzeichnete Bilder liegen bei der Partei DIE LINKE. Layout und Satz: DiG / TRIALON Druck: Berliner Zeitungsdruck